

PRESSEMITTEILUNG

15. Juni 2010

Keine Besserung auf dem Lehrstellenmarkt

Arbeitslos – und dann noch zusätzlich bestraft

Das heute veröffentlichte Lehrstellenbarometer zeigt, dass die Lage auf dem Lehrstellenmarkt bei weitem nicht so rosig ist, wie uns dies das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) weismachen will. Arbeitslosen Jugendlichen drohen zudem weitere Verschlechterungen, wenn die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG-Revision) durchkommen sollte. Der SGB bekämpft deshalb diesen Abbau mit aller Kraft.

Ein funktionierender Lehrstellenmarkt setzt voraus, dass das Angebot die Nachfrage um rund 5 % überschreitet. Das ist klar nicht der Fall, wie die heutigen Zahlen (77'000 nachfragende Jugendliche, 76'000 angebotene Plätze) zeigen. Das Angebot geht damit nach 2009 erneut zurück, während es von 2004 bis 2008 stets zugenommen hatte. Zurückgegangen ist auch die Zahl der neu ausbildenden Betriebe. Die neuen Zahlen zeigen, dass es keine „demografische Lösung“ der Krise geben wird. Denn trotz dem quantitativen Rückgang der eine Lehre Nachfragenden können die Jugendlichen heute keine echte Berufswahl treffen. Sie müssen einen Beruf akzeptieren, für den sie weder Motivation noch Eignung aufweisen. Die Forderung des SGB nach 10'000 neuen Lehrstellen erweist sich vor diesem Hintergrund als berechtigt.

Besonders betroffen von der Lehrstellenmisere sind die Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Eine kürzlich veröffentlichte Nationalfonds-Studie bestätigt, dass diese ihre Berufswahl-Anforderungen häufig zurückschrauben müssen.

All dessen ungeachtet hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit in der AVIG-Revision beschlossen, das Los der arbeitslosen Jugendlichen noch zu verschlechtern. So sollen Jugendliche bis zu 30 Jahren zu jeglicher Arbeit gezwungen werden, Jugendlichen unter 25 Jahre werden die Tagelder drastisch gesenkt. Dass die Jugendlichen nun die Krise bezahlen sollen, ist skandalös.

Der SGB besteht auf seinen Forderungen:

- 10'000 neue Lehrstellen, insbesondere für Jugendliche mit schulischen Schwierigkeiten, wenn nötig in Lehrwerkstätten!
- Weniger Hürden bei der Berufswahl: insbesondere sind Anstellungsdiskriminierungen zu bekämpfen und teure Tests à la „Multicheck“ zu verbieten!

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Auskünfte:

- Jean Christophe Schwaab
078 690 35 09